

«Auch Menschen mit fahrender Lebensweise brauchen eine Wohnmöglichkeit» – Analyse zur Umfrage «Diversität: Verschiedene Lebensweisen in der Schweiz»



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Generalsekretariat EDI
Fachstelle für Rassismusbekämpfung

Impressum

Text: Basil Weingartner

Übersetzung: Sprachdienst GS EDI

Herausgeberin: Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB

Eidgenössisches Departement des Innern

3003 Bern

ara@gs-edi.admin.ch

www.frb.admin.ch

Inhalt

«Auch Menschen mit fahrender Lebensweise brauchen eine Wohnmöglichkeit» – Analyse zur Umfrage	
«Diversität: Verschiedene Lebensweisen in der Schweiz»	6
Eine wechselhafte Geschichte	6
«Zusammenleben in der Schweiz»	7
Zwei Umfragen liefern zusammen umfassenderes Bild	7
Fahrende Lebensweise	8
Einstellungen zur fahrenden Lebensweise	9
Gute Ausgangslage für Halteplätze	9
Angst vor Dreck und Lärm	10
Jenische und Sinti erfreut	10
Berner Stimmvolk positiver als Befragte	10
Mehrheit steht hinter Schulabsenzen	11
«Eltern müssen sich Konsequenzen überlegen»	11
Sorgen um Kindeswohl stehen im Vordergrund	11
«Kinder lernen auch unterwegs»	12
Jenische, Sinti und Roma	13
Recht auf Eigenständigkeit wird anerkannt	14
Diskriminierungen werden erkannt	14
«Klischeebehaftete, pseudopositive Vorurteile»	15
Kaum jemand hatte Kontakt zu Jenischen und Sinti	16
Deshalb fällt die Antwort bei den Roma anders aus	16
«Biker Gang » oder «Schweizer Nomaden»?	17
Interesse an Kontakt mit Minderheiten	17
«Es braucht massiv mehr Unterstützung und Förderung.»	18

«Auch Menschen mit fahrender Lebensweise brauchen eine Wohnmöglichkeit» – Analyse zur Umfrage «Diversität: Verschiedene Lebensweisen in der Schweiz»

Eine von der *Fachstelle für Rassismusbekämpfung* (FRB) und dem *Bundesamt für Statistik* (BFS) durchgeführte repräsentative Umfrage zeigt, dass in der Schweiz eine Mehrheit der Bevölkerung der fahrenden Lebensweise und den Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma insgesamt positiv gegenübersteht. Andererseits werden auch rassistische Stereotypen erkennbar. Die Umfrage macht aber deutlich, dass wenig Wissen über die Minderheiten und ihre Lebensweisen vorhanden ist. Eine Analyse unter Einbezug des kognitiven Tests, der im Vorfeld der Hauptumfrage zur Validierung der gewählten Fragestellungen durchgeführt wurde, ermöglicht Rückschlüsse auf das Zustandekommen dieser Ergebnisse.

Eine wechselhafte Geschichte

Sie sind ein Teil der Schweiz. Sie ziehen in den Sommermonaten von Ort zu Ort. Ihre Wohnungen umfassen dann ein gutes Dutzend Quadratmeter – und Räder. Rund zwei- bis dreitausend Menschen in der Schweiz haben eine halbnomadische, eine fahrende Lebensweise. Sie gehören zu den Minderheiten der autochthonen Jenischen sowie der Sinti und Roma.

Lange Zeit war der Umgang mit den drei Minderheiten in der Schweiz von massiver Ausgrenzung geprägt. Gleichzeitig wurde versucht, Menschen mit fahrender Lebensweise zur Sesshaftigkeit zu zwingen. Dies etwa durch Aktionen wie die «Kinder der Landstrasse», bei der zwischen 1926 und 1973 rund 600 Kinder ihren Familien weggenommen, in Heimen und Anstalten untergebracht oder fremdplatziert wurden. Es ist auch eine Folge der «Aktion Kinder der Landstrasse», dass heute nur noch ein kleiner Teil der in der Schweiz lebenden rund 30'000 Jenischen und der wenigen Hundert Sinti eine fahrende Lebensweise pflegt. Ausser jenen ausländischen Roma, die im Sommer fahrend die Schweiz besuchen, sind die in der Schweiz lebenden Roma sesshaft. Die meisten von ihnen wanderten in den letzten Jahrzehnten vorwiegend aus Ost- und Südosteuropa ein.

Erst ab den 1980er-Jahren war der Bund bereit, das geschehene Unrecht anzuerkennen. Mit dem Beitritt zur Minderheitenkonvention des Europarates wird seit 1999 die fahrende Lebensweise geschützt und 2001 wurden die Jenischen und Sinti als nationale Minderheit anerkannt. 2016 versprach Bundesrat Alain Berset, Jenische und Sinti fortan mit ihren Eigenbezeichnungen und nicht mehr generalisierend als «Fahrende» zu benennen. Das *Bundesamt für Kultur* (BAK) unterstützt die *Radgenossenschaft der Landstrasse* als Dachorganisation der beiden Minderheiten und fördert Projekte zur Bewahrung der jenischen Sprache und Kultur mit finanziellen Beiträgen. Ziel der vom BAK ebenfalls finanzierten *Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende* ist es, das drängende Problem des Halteplatzmangels zu beheben.

Trotz dieser und weiterer Massnahmen: Die Situation hat sich für die Minderheiten nicht wesentlich verbessert, wie eine vom BAK eingesetzte Arbeitsgruppe feststellte. Auch der Bundesrat erachtet die Situation als unbefriedigend – ebenso fordern UNO und Europarat dringend Lösungen. Ohne eine bessere gesellschaftliche Akzeptanz der Kultur der Minderheiten und ihrer Lebensweise können weder der Mangel an Stand- und Durchgangsplätzen behoben, noch weitere Probleme wie Schulbesuch, Sozialhilfeabhängigkeit und fehlende Arbeitsmöglichkeiten angegangen werden.

«Zusammenleben in der Schweiz»

Zusammen mit dem BFS hat die FRB eine repräsentative Umfrage bei der Bevölkerung der Schweiz durchgeführt. Die unter Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der drei Minderheiten erstellte Umfrage hat zum Ziel, das Wissen und die vorhandenen Meinungen der Bevölkerung fundiert zu erheben. Dies einerseits zur fahrenden Lebensweise an sich –andererseits aber auch zu den Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma im Generellen.

Alle zwei Jahre führen die FRB und das BFS die Umfrage «Zusammenleben in der Schweiz» durch. Bei dieser werden Einstellungen zu verschiedenen Ausprägungen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abgefragt. In den Zwischenjahren wird unter dem Titel «Diversität» ergänzend eine separate Vertiefungsumfrage zu jeweils einem spezifischen Themengebiet durchgeführt. Die aktuelle Umfrage dieser Reihe widmet sich den «Einstellungen gegenüber Menschen mit fahrender Lebensweise». 2019 wurde dazu eine repräsentative Stichprobe bei 3000 Personen im Alter von 15 bis 88 Jahren erhoben.

Somit liegen erstmals detaillierte Ergebnisse zur gesellschaftlichen Akzeptanz der fahrenden Lebensweise vor – dabei werden die mangelhaften Kenntnisse der Mehrheitsbevölkerung über die drei Minderheiten und die fahrende Lebensweise deutlich.

Zwei Umfragen liefern zusammen umfassenderes Bild

Doch weshalb antworteten 67 Prozent der Bevölkerung, dass die fahrende Lebensweise für sie zur Schweiz gehört? Und wieso finden 60 Prozent, dass sie einem Halteplatz für Schweizer Fahrende in der eigenen Gemeinde positiv gegenüberstehen? Zu den Beweggründen können aufgrund der Umfrage allein keine Aussagen gemacht werden. Wegen der auf 10 bis 15 Minuten begrenzten Gesprächsdauer wurden die Fragen mit einem standardisierten Fragebogen erhoben. Bei dem im Rahmen der Fragebogenerarbeitung durchgeführten kognitiven Test wurde dagegen mittels von vierzig ausführlichen Gesprächen nicht nur die Antworten auf den Fragebogen erfasst, sondern in einem zweiten Schritt auch nach Erklärungen für die Antworten gefragt. Es wurden also Haltungen und Vorwissen abgefragt.

Um Erklärungsansätze für das Zustandekommen der Umfrageergebnisse zu bekommen – und um relevante Fragestellungen für vertiefte Forschung zu erhalten –, kombiniert die hier vorliegende Analyse die Ergebnisse der Hauptumfrage mit den Zitaten der kognitiven Vorbefragung sowie mit **Reaktionen von Vertretern der Minderheiten**. Die Zahlen in den folgenden Kapiteln beziehen sich auf die Hauptumfrage (detaillierte Zahlen finden sich unter www.bfs.admin.ch > Statistiken finden > Bevölkerung > Migration und Integration > Zusammenleben); die indirekten und **direkten Zitierungen** stammen aus dem kognitiven Test.

Fahrende Lebensweise

Einstellungen zur fahrenden Lebensweise

Der Umgang mit Menschen mit fahrender Lebensweise war in der Schweiz lange hochproblematisch. Und heute? Wird die fahrende Lebensweise als Teil der Schweizer Vielfalt gesehen? Die Menschen in der Schweiz haben dazu eine klare Meinung: Zwei Drittel (67 Prozent) der Bevölkerung sagen Ja.

Weiter findet mehr als die Hälfte, nämlich 56 Prozent, dass die Schweiz mehr für Menschen mit fahrender Lebensweise tun sollte. Positive Antworten wurden auch damit begründet, dass **«es zu wenige Halteplätze [für fahrende Gruppen] gibt»**.

Dem ist tatsächlich so: Das auf nationaler Ebene für die Verbesserung der Situation zuständige BAK schreibt, dass das Angebot an Stand- und Durchgangsplätzen zurückgegangen sei. Die Suche nach Halteplätzen für reisende Jenische, Sinti und Roma sei zunehmend schwierig. Dies zeigten regelmässige Erhebungen der *Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende*. Grund für die Entwicklung sei der gestiegene Nutzungsdruck auf die wenigen freien Flächen in den Agglomerationen. Zudem würden die Bedürfnisse der fahrenden Minderheiten oft als Letztes berücksichtigt.

Durch Sensibilisierung und Aufklärung will der Bund die fahrende Lebensweise ermöglichen und zum Abbau von Vorurteilen und Ängsten beitragen. Er setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der Minderheiten in der Raumplanung berücksichtigt werden. Damit dies gelingt, wurde 2014 ein Aktionsplan gestartet und eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Bisher lässt der gewünschte Erfolg noch auf sich warten.

Gute Ausgangslage für Halteplätze

Werden Halteplätze geplant, formiert sich dagegen schnell laustarker politischer Widerstand. Dabei werden häufig auch rassistische, antiziganistische Stereotypen verwendet. Im Kanton Bern wurde das Präsidium der Jungen SVP, die gegen einen Kredit für einen Durchgangsplatz mobil machte, deswegen gar strafrechtlich verurteilt. Die beiden Verurteilten haben das Urteil des Berner Obergerichts weitergezogen. Stand März 2020 ist der Fall beim Bundesgericht hängig.

Die Umfrage belegt nun: Schweizweit bejaht eine deutliche Mehrheit den Bau von Halteplätzen für Schweizer Fahrende. Dabei zeigt sich ein Muster: Je weiter weg der Platz vom Wohnort ist, desto höher liegt die Zustimmung tendenziell. Einen Platz in einem anderen Kanton unterstützen rund 70 Prozent. Für einen Platz im eigenen Kanton liegt der Wert ähnlich hoch. Doch selbst wenn der Platz in der eigenen Gemeinde zu liegen kommen soll, bejahen immer noch 60 Prozent dessen Einrichtung.

Für viele der Befragten ist nämlich klar: **«Auch Menschen mit fahrender Lebensweise brauchen eine Wohnmöglichkeit»**. Denn es sei **«ein berechtigter Anspruch»** der Jenischen und Sinti, einen Halteplatz zu bekommen. Schliesslich sei **«ja klar, dass die Fahrenden auch einen Platz brauchen.»**

Die Zahl jener Personen, die glauben, dass ein Standplatz für eine Region durchwegs positive Auswirkungen hat, ist mehr als doppelt so gross wie die Zahl jener, die ausschliesslich negative Auswirkungen erwarten. So versprechen sich 70 Prozent eine Belebung des Dorfes und fast 60 Prozent eine grössere kulturelle Vielfalt. Und fast zwei Drittel sehen positive Effekte auf das lokale Gewerbe: Schliesslich kauften und kehrten die temporären Gäste auch irgendwo ein.

Der Bau von Halteplätzen bringe auch Vorteile für die sesshafte Bevölkerung, finden einige: **«Wenn man einen solchen Platz plant, wird ja gerade geschaut, dass es sowohl für die Fahrenden wie auch für die lokale Bevölkerung passt. Dann gibt es ja genau weniger Probleme.»** Denn so würden **«sanitäre Einrichtungen erstellt und klare Regelungen mit den Fahrenden vereinbart»**.

Doch auch in positiven Antworten schwingen manchmal Zweifel mit: **«Ich würde mich zwar nicht dafür einsetzen, aber es ist ok, wenn sie sich anständig verhalten»**. Oder so: **«Brauchen die Fahrenden das wirklich? Ich muss aber wohl vermuten, dass es schon nötig ist »**.

Und auch wenn sie in der Minderheit sind: Es gibt sie, die negativen Antworten. In diesen treten immer wieder rassistische Vorurteile und antiziganistische Stereotype hervor. Manche sagen schlicht, dass sie **«keine Zigeuner»** (sic) in ihrer Nähe wollten. **«Je weiter sie von mir weg sind, desto besser fühle ich mich»**, sagt eine weitere Person. Denn schliesslich hätten diese den Ruf, Diebe zu sein und die Plätze in schlechtem Zustand zu hinterlassen.

Doch auch hier zeigt sich: 72 Prozent glauben nicht, dass die Kriminalität ansteigen wird: **«Das ist ein Vorurteil, dass [die fahrenden Personen] kriminell sind.»** Und jemand anders sagt, dass **«Fahrende ein Interesse»** hätten, sich **«eben gerade nicht kriminell zu verhalten»**.

Angst vor Dreck und Lärm

Trotz der grossen Zustimmung zu den Plätzen: Gut die Hälfte der Bevölkerung vermutet, dass ein Halteplatz zu **«mehr Dreck und Lärm»** führen könnte. Eine Person sagt, dass sie immer nur im Kontext von Klagen wegen Verunreinigungen von Menschen mit fahrender Lebensweise höre. Manche der Befragten glauben, dass die potenziellen Nutzerinnen und Nutzer des Platzes **«besonders viel Dreck machen»** würden. Andere fürchten sich zwar ebenfalls vor mehr Emissionen – dies aber nur, weil schliesslich alle Menschen solche verursachen würden. Sprich, wenn durch einen neuen Platz mehr Menschen vor Ort seien, gebe es schlicht auch mehr Dreck.

Der kognitive Test zeigt weiter auf, dass nur marginales Wissen über die fahrende Lebensweise vorhanden ist. Das beeinflusst teilweise auch die Antworten. So stellen sich manche der Befragten unter einer fahrenden Lebensweise Menschen mit alternativem Lebensstil und geringem Einkommen vor, andere meinen, dass es sich um Obdachlose handelt. Und es zeigen sich weitere Unschärfen des Tests: So lehnt beispielsweise eine Person Halteplätze nicht deshalb ab, weil sie negative Folgen fürchtet, sondern weil die Halteplätze für die Benutzenden unwürdig seien: Diese seien wie **«ein Zoo»**, wie **«ein Gefängnis»**.

Jenische und Sinti erfreut

Fino Winter, der Präsident des Vereins *Sinti Schweiz*, hat die Ergebnisse so erwartet: **«Wenn wir zu Landwirten gehen und sagen, wir sind Schweizer Fahrende, dann machen wir positive Erfahrungen»**. Gleichzeitig bemängelt Winter, dass die fahrenden Gruppierungen bei der Planung von Plätzen meist kein Mitspracherecht hätten. Für Winter sollten **«feste Plätze nicht eingezäunt werden – sonst fühlt man sich wie in ein Gefängnis gepfercht»**.

Stefan Heinichen, ein Interessenvertreter der Roma, stört sich an manchen der negativen Äusserungen der Befragten. Man werfe den fahrenden Gruppierungen vor, **«nur Dreck zu machen»**. Heinichen ortet darin **«einen subtilen, aber fadenscheinigen Antiziganismus»**.

Berner Stimmvolk positiver als Befragte

Anders als bei Halteplätzen für Schweizer Fahrende steht eine Mehrheit Plätzen für ausländische Fahrende kritisch gegenüber. So beträgt die Zustimmung zu einem Platz im eigenen Kanton 46 Prozent. Die Auswertung legt nahe, dass hier vor allem grundsätzliche Ressentiments gegenüber Ausländerinnen

und Ausländern entscheidend sind. Denn diese könnten **«nicht einfach hierherkommen und alles in Beschlag nehmen»**, findet jemand.

Doch die Umfrage wurde von der Wirklichkeit bereits überholt: Im Kanton Bern entschieden die Stimmberechtigten im Februar 2020 in einer Referendumsabstimmung über einen Staatskredit für den Bau eines Durchgangsplatzes für ausländische Fahrende. Der Kredit wurde an der Urne letztlich mit 53,4 Prozent angenommen. Das zeigt, dass ein vertiefter Meinungsbildungsprozess vor einem Urnengang die Stimmung positiv verändern kann.

Mehrheit steht hinter Schulabsenzen

Vom April bis im Oktober sind Schweizer Jenische und Sinti, die eine fahrende Lebensweise pflegen, unterwegs. In der Umgebung ihrer Haltplätze bieten sie ihre Dienstleistungen an, arbeiten zum Beispiel auf dem Bau oder gehen handelnd von Haus zu Haus. Bestehen keine Erwerbsmöglichkeiten mehr, ziehen sie weiter. Die ganze Familie reist gemeinsam – auch die Kinder. Gemeinsam mit Eltern und Verwandten erlernen letztere dabei in der Praxis früh die für die verschiedenen Erwerbstätigkeiten nötigen Fähigkeiten.

Doch die Schulabsenzen führen häufig zu Konflikten zwischen den fahrenden Familien und den Schulbehörden und stellen letztere vor ein Dilemma. Es gilt einen Weg zu finden, der die Rechte der Eltern wahrt, ohne dass dabei das Recht und die Pflicht auf Schulbildung verletzt werden. Eine befragte Person bringt dies so auf den Punkt: **«Kinder dürfen nicht wegen einer fahrenden Lebensweise ohne Schulbildung bleiben»**.

«Eltern müssen sich Konsequenzen überlegen»

Dennoch: Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung der Schweiz (53 Prozent) ist einverstanden, dass Kinder mit fahrender Lebensweise während fünf Monaten nicht zur Schule gehen – und von ihren Lehrkräften aus der Ferne betreut werden. In der Umfrage wurden auch weitere Szenarien, die bewusst nicht jenische und Sinti betreffen, abgefragt. Dabei zeigt sich, dass die Zustimmung deutlich tiefer ist (42 Prozent), wenn Eltern aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit den Schulbesuch der Kinder unterbrechen. Am höchsten ist die Akzeptanz von Schulabsenzen aufgrund von Alpaufenthalten (60 Prozent Zustimmung).

Wie begründen die Personen im kognitiven Test ihren Zuspruch? Für viele ist die individuelle Freiheit der Familien beziehungsweise der Eltern entscheidend: **«[Solche Absenzen] sollten nicht verboten werden, die Eltern sollten sich aber die Konsequenzen überlegen»**.

Dass die Kinder während ihrer Absenz aus der Ferne von der Klassenlehrkraft betreut werden, wie dies in der Praxis oft gemacht wird, ist für viele eine wichtige Voraussetzung für ihre Zustimmung. O-Töne dazu: **«Wenn die Klassenlehrerin korrigiert, gibt es ja eine Kontrolle»**

«Um erfolgreich zu lernen, reicht es nicht aus, nur Hausaufgaben zu machen. Denn nicht alle Kinder machen gerne Hausaufgaben, und es bedarf einer aktiven Aufsicht und genaueren Kontrolle.»

Diese Antworten zeigen, dass auch viele der positiv antwortenden Personen durchaus Vorbehalte gegenüber längerer Schulabsenzen haben.

Sorgen um Kindswohl stehen im Vordergrund

Der kognitive Test zeigt: Der Grund für die Absenzen ist in den meisten Fällen nicht ausschlaggebend für Zustimmung oder Ablehnung von längeren Schulabsenzen. Bei negativen Antworten stehen überwiegend

Bedenken bezüglich der Entwicklung der Kinder im Vordergrund: «**Es kommt darauf an, wie nötig [die Absenz] ist – ebenso spielt das Alter des Kindes eine Rolle. Denn gerade in jüngeren Jahren muss ein Kind lernen, mit anderen zu interagieren.**»

Wer längere Absenzen ablehnt, bezweifelt vor allem die Qualität des Unterrichts durch die Eltern: «**Meine Eltern hätten mir beispielsweise in Mathe ab etwa der siebten Klasse nicht mehr weiterhelfen können.**» Auch existieren Zweifel daran, dass die Eltern den Unterricht tatsächlich durchsetzen. Viele fürchten sich deshalb vor Konsequenzen für die Bildung der Heranwachsenden: Etwa indem «**Wissenslücken**» entstehen könnten.

Doch zu solchen muss es aus der Sicht der Befragten trotz der Absenzen nicht kommen: «**Es kommt darauf an, wie man es macht**» – «**es kann eine Beeinträchtigung geben, muss aber nicht.**»

Denn eine grosse Mehrheit der Bevölkerung sieht in den Absenzen auch Vorteile: 72 Prozent denken, dass die Kinder dabei «**bereichernde ausserschulische Erfahrungen**» machen. Etwa, indem die Kinder «**Lebenserfahrung sammeln und mehr in der Natur sind**», «**ausserhalb des (sicheren Rahmens) der Schule selbständiger werden**» und dabei «**über den eigenen Tellerrand schauen können**». Dadurch werde «**die Sozialkompetenz [der Heranwachsenden] gestärkt**».

«**Kinder lernen auch unterwegs**»

Roma-Experte Stefan Heinichen nimmt die Umfrageergebnisse erfreut zur Kenntnis. Diesen hätten ihn «positiv überrascht». Fino Winter, Präsident des Vereins *Sinti Schweiz*, sagt, man wolle die Kinder nicht ihrer Ausbildung berauben. «**Wir wollen, dass sie Chancen haben.**» Deshalb sei das Lernen unterwegs so wichtig. Mustergültig sei das Pilotprojekt der Stadt Bern, wo Kinder per Tablet Fernunterricht erhalten. Winter wünscht sich, dass es solche Angebote bald schweizweit gibt. Winter betont, dass «**die Kinder auch unterwegs wichtige Lebenserfahrungen machen**». Wenn sie auf ihren Reisen Halt machten, stünden die Kinder im regen Austausch mit den Kindern im Dorf.

Jenische, Sinti und Roma

Recht auf Eigenständigkeit wird anerkannt

«Um vollständig akzeptierte Mitglieder der Schweizer Gesellschaft zu sein, müssen Jenische und Sinti ihre Kultur aufgeben.» Mit dieser Aussage konfrontiert, sagt eine deutliche Mehrheit (rund 80 Prozent) der Bevölkerung Nein. So einige nerven sich ob der Frage – und antworten mit einer Gegenfrage: **«Warum sollte das nötig sein?»** Oder sagen: **«Ich finde überhaupt nicht [dass sie ihre Kultur aufgeben müssen], auch wenn andere das vielleicht anders sehen»**. Jemand antwortet, dass die Minderheiten, so wie sie seien, zur Schweiz gehörten. Und manche finden schlicht, dass **«man auch mit einer anderen Kultur akzeptiert werden»** kann.

Doch nicht alle sehen das so: Minderheiten müssten sich **«bis zu einem gewissen Grad anpassen, aber nicht [ihre] Kultur aufgeben»**, sagt jemand. Und jemand anderes glaubt, dass eine stärkere Anpassung zu einer verbesserten Akzeptanz führen würde.

Dass Jenische und Sinti und ihre Kultur heute in der Schweiz grundsätzlich akzeptiert sind, zeigt sich auch in weiteren Resultaten. So finden 63 Prozent der Bevölkerung der Schweiz, dass die Kultur dieser Minderheiten eine kulturelle Bereicherung für das Land sei.

Keine Mehrheit findet sich derweil für eine zusätzliche Förderung der Kultur von Jenischen und Sinti. Eines der Argumente: Eine solche sei nicht notwendig. Aus den detaillierten Ergebnissen geht hervor, dass dieses Umfrageergebnis auch durch die Art und Weise der Befragung beeinflusst worden ist. In der Einleitung auf die Frage wird erklärt, dass die Schweiz die Minderheitskulturen bereits fördere. Mit Verweis darauf erachten einige eine zusätzliche Förderung als nicht notwendig. Zudem legen viele der Befragten den Begriff der Kultur eng in einem musischen Sinn aus.

Diskriminierungen werden erkannt

Im letzten halben Jahrhundert hat sich der Umgang der offiziellen Schweiz mit den Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma grundlegend geändert. Der Bund anerkannte nicht nur das ihnen in der Vergangenheit angetane Leid, er engagierte sich auch finanziell, strukturell und ideell für eine Verbesserung ihrer Situation. Doch diese ist weiterhin schwierig. Hauptgründe dafür sind Vorurteile und Diskriminierungen, denen die Minderheiten auch heute noch ausgesetzt sind.

Bei der Erarbeitung der Umfrage haben Angehörige der Minderheiten Alltagssituationen geschildert, in denen sie sich diskriminiert fühlten und fühlen. Sieben davon wurden im Rahmen der repräsentativen Umfrage vorgelegt. Die Befragten mussten angeben, inwieweit sie diese Situationen als diskriminierend einschätzten. Das Ergebnis ist eindeutig: Bis auf zwei Ausnahmen werden alle Situationen von einer grossen Mehrheit als diskriminierend wahrgenommen. Das zeigt: Grundsätzlich existiert in der Bevölkerung ein funktionierendes Sensorium für Diskriminierungen gegenüber Minderheiten.

Ein Securitas-Mitarbeiter lässt eine Gruppe Frauen in bunten Röcken nicht ins Einkaufszentrum, mit der Begründung: «Zigeuner klauen».

«Da geschieht eine drastische Einschränkung aufgrund eines negativen Vorurteils!», sagt jemand stellvertretend für viele unter den 87 Prozent, die darin eine Diskriminierung erkennen. Man könne **«nicht einfach auf Grund des Aussehens entscheiden»**, wer hineindürfe und wer nicht, sagen mehrere Personen übereinstimmend. Zudem sei **«es ein billiges Vorurteil, dass Zigeuner klauen»**. Auch sei das **«Wort Zigeuner beleidigend»**. Eine kleine Minderheit erkennt in der Situation dagegen keine Diskriminierung. Als Erklärung führt jemand an, selbst einmal beim Einkaufen von «Zigeunern» bestohlen worden zu sein.

In einer Sitzung erwähnt der Sitzungsleiter, dass er aus einer fahrenden Familie stamme. Ein Teilnehmer meint später: «Von so einem lass ich mir doch nichts sagen!»

84 Prozent sind sich einig, dass dies diskriminierend ist. **«Das ist abwertend»**, sagt jemand. Viele stören sich auch daran, dass **«jemand aufgrund seiner Herkunft in Frage gestellt wird»**. Denn **«die Herkunft darf doch keine Rolle spielen»**.

Einige der detaillierten Antworten zeigen aber auch auf, dass manche die Frage kreativ interpretiert haben. So erachtet jemand die Situation zwar als **«klar diskriminierend»** – doch weil der Diskriminierte der Sitzungsleiter und Chef, der Diskriminierende aber ein Teilnehmer sei, beeinträchtigt die Situation den Betroffenen nicht stark. Jemand anderes empfindet die Situation nur deshalb als nicht diskriminierend, weil der Betroffene die Aussage ja nicht persönlich gehört habe.

Eine Familie, die im Wohnwagen lebt, lässt ihre Tochter mit einem Arzzeugnis vom Schulausflug dispensieren. Die Lehrerin sagt: «Fahrende wollen immer Sonderrechte».

Diskriminierend! Das findet auch hier die grosse Mehrheit. Denn **«es ist schlicht und einfach ein Vorurteil»**. Andere erachten es als **«besonders schlimm, dass das eine Lehrerin ist, die das sagt»**. Schliesslich müsse diese in ihrer Funktion neutral sein. Jemand ist überzeugt, dass die Lehrperson **«bei einer anderen Familie bestimmt nichts sagen»** würde. Denn schliesslich **«machen das doch auch andere Familien»**. Ein

Viertel der Bevölkerung erkennt in dieser Aussage keine Diskriminierung. Dabei treten in manchen Antworten Vorurteile und diskriminierende Muster hervor. Etwa wenn eine Person sagt: **«Man hört in den Medien, dass sie Sonderwünsche haben, deshalb stimme ich dem teilweise zu»**. Und jemand anderes sagt: **«Das stimmt, sie wollen immer Spezialrechte und sie machen immer Dreck!»**.

«Klischeebehaftete, pseudopositive Vorurteile»

Es gab aber auch zwei Situationen, welche eine Mehrheit als nicht diskriminierend erachtet.

Eine Frau klopft an einen Wohnwagen und fragt: «Wer kann mir hier die Hand lesen?».

Eine knappe Mehrheit (51 Prozent) taxiert die Situation als unproblematisch. Viele finden die Situation schlicht skurril: **«Diese Frau ist einfach zu blöd, sie glaubt ans Handlesen, ausserdem könnte sie ja zuerst guten Tag sagen! Sie diskriminiert sich ja selber mit ihrer Dummheit!»** – oder gar als lustig: **«Es ist eine komische Situation, sie hat halt eine falsche Annahme gemacht»**.

Es gibt aber auch andere Stimmen. Diese stören sich an dem **«alten Klischee»** und sehen **«pures Vorurteil»** als Grundlage für das Handeln der Frau.

Kritisch sieht die letzte Situation der Jenische Venanz Nobel vom Verein *Schäft qwant*. Er sagt, er habe solche Situationen sehr oft persönlich erlebt. Er nennt die der Situation zugrundeliegenden Muster **«klischeebehaftete, pseudopositive Vorurteile»**. Für Nobel sind diese manchmal die schlimmeren, weil man nichts dagegen sagen kann: **«Gegen Klischees kann man weniger machen als gegen offenen Rassismus.»** Fino Winter und Stefan Heinichen erkennen derweil – wie die Mehrheit der Bevölkerung – in der Situation keine spezielle Diskriminierung.

Kaum jemand hatte Kontakt zu Jenischen und Sinti

Jenische und Sinti sind fester Bestandteil der Schweizer Bevölkerung. Dazu steht eine Mehrheit der Mehrheitsbevölkerung. Doch Kontakt zu den Minderheiten hatte dennoch kaum jemand. In allen drei Sprachregionen geben nur rund zehn Prozent an, bereits Kontakt zu den beiden Minderheiten gehabt zu haben.

Viele antworten schlicht mit **«Nein»**. Oder sagen salopp: **«Na ja, kaum jemand kennt die Jenischen»** oder: **«Nein, ich weiss ja gar nicht, was Jenische sind.»**

Jemand erklärt: **«Ich kenne zwar jemanden, der viel unterwegs ist, aber ich habe ihn noch nie gefragt, ob er sich zu den Roma, Sinti oder Jenischen zählt»**. Nicht nur diese Antwort zeigt: Die Mehrheitsbevölkerung hat nicht nur wenig Kontakt zur fahrenden Lebensweise; sie weiss auch nur wenig über diese.

Gleichzeitig bewerten jene Personen, die im Alltag bereits Kontakt zu Angehörigen der Minderheiten hatten, die Minderheiten viel positiver als jene, die noch nie Kontakt hatten. Im Kontrast dazu werden aber vereinzelt auch ablehnende Haltungen gegenüber den Minderheiten mit einer negativen Vorerfahrung begründet. So sagt eine Person, dass sie Land an Fahrende vermietet habe und es dabei zu Problemen gekommen sei.

Auch wenn es nur wenige sind: Es gibt sie, jene Personen, die bereits wissentlich Kontakt zu Jenischen und Sinti hatten: **«Ich hatte mehrfach Kontakt: Einmal als ein Messerschleifer bei meiner Grossmutter vorbeigekommen ist. Ein anderes Mal habe ich einen Durchgangsort besucht»**, sagt jemand. Andere gingen mit Jenischen zur Schule. Jemand nahm 2016 an der Feckerchilbi teil. Das jährlich stattfindende grosse Fest der Jenischen wurde damals mitten in der Stadt Bern durchgeführt.

Deshalb fällt die Antwort bei den Roma anders aus

Deutlich höher liegt die Zahl jener (rund 40 Prozent), die von sich sagen, sie hätten Kontakt mit Roma gehabt. Viele erklären ihr Ja mit dem Verweis auf Begegnungen mit Personen, ausländischen Roma auf der Durchreise, die in den Strassen bettelten oder musizierten. Manche geben aber auch an, privat Roma zu kennen – oder im Ausland mit ihnen in Kontakt gekommen zu sein. Jemand sagt: **«Mit meiner Schulklasse war ich einst zwei Wochen in Rumänien und hatte da auch Kontakt mit Roma. Wenn ich nach Rumänien gehe, treffe ich sie wieder und mache zusammen mit ihnen Musik.»**

Gesamthaft gesehen ist der Anteil der Bevölkerung der Schweiz gering, die schon einmal wissentlich Kontakt mit Angehörigen der drei Minderheiten hatte. Doch gleichzeitig sind viele daran interessiert, mehr über die Jenischen, Sinti und Roma zu erfahren: **«Es wäre spannend, Jenische und Sinti kennen zu lernen.»**

«Biker Gang » oder «Schweizer Nomaden»?

Denken Sie, dass es Jenische und Sinti gibt, die Schweizer sind? Die überwiegende Anzahl jener, die darauf eine Antwort hat, sagt «Ja». Gleichzeitig deutet sich bei der Frage aber auch an, wie gering der Wissenstand in der Bevölkerung ist. Über ein Drittel weiss keine Antwort.

Noch deutlicher wird der tiefe Wissensstand bei den Antworten auf die Frage, ob die Mehrheit der Jenischen und Sinti in einem Wohnwagen leben. Rund 60 Prozent geben an, es nicht zu wissen. Bei jenen, die die Frage beantworten, wissen aber immerhin fast zwei Drittel korrekterweise, dass die Mehrheit nicht im Wohnwagen lebt.

Das fehlende Wissen zeigt sich auch, wenn gefragt wird, was mit den Begriffen Jenische und Sinti überhaupt gemeint ist. Zwar wissen einige Bescheid: **«Ich habe schon davon gehört: Das sind Fahrende, aber die meisten sind ja mittlerweile sesshaft»**. Weitere Antworten lauten: **«Das sind Nomaden schweizerischer Herkunft»** und **«das sind Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, die wie eine heisse Kartoffel von Ort zu Ort weitergereicht werden, weil niemand sie will.»**

Viele vermuten hinter den Begriffen aber auch Dinge wie

- **«ein Unternehmen»**,
- **«eine Biker-Gang»**,
- **«eine Gemeinschaft»**,
- **«eine Gruppe, die unter sich lebt und alte Kleidung trägt»**,
- **«Einsiedler im Wald»**
- oder auch einfach **«Religionen»**.

Das Unwissen äussert sich auch hier in Aussagen wie: **«Ich habe noch nie von den Jenischen oder Sinti gehört»** oder: **«Keine Ahnung, was Sinti oder Jenische sind – kein Plan.»**

Daneben zeigen sich auch Unterschiede zwischen den Sprachregionen. In der Romandie ist der Begriff Yéniches kaum, der Begriff Sinti gar fast gänzlich unbekannt. Dafür ist der Name Manouche (als Synonym für Sinti) geläufiger.

Interesse an Kontakt mit Minderheiten

So wenig Wissen über und Kontakt mit den Minderheiten vorhanden ist: Viele der Befragten möchten mehr erfahren. **«Wenn man über solche Themen nachdenkt, weckt dies das Interesse nach mehr Wissen»**, sagt jemand. Viele wünschen sich denn auch **«mehr Informationen»** über die fahrende Lebensweise und die Minderheiten.

Viele könnten sich auch grundsätzlich vorstellen, eine von Personen mit fahrender Lebensweise organisierte Veranstaltung zu besuchen – etwa ein Konzert, ein Fest oder ein öffentliches Abendessen: **«Es wäre spannend, [die fahrende Lebensweise] kennen zu lernen»**. Jemand anderes sagt: **«Ja, ich würde hingehen»**. Doch auch bei dieser Frage können rassistische Motive zum Vorschein kommen: So glaubt eine Person, dass ihre eigene Kultur mit jener der Minderheiten **«nicht vereinbar»** sei – sie würde deshalb nicht hingehen.

Die Resultate zeigen einerseits auf, wie gering der Kontakt zwischen den Bevölkerungsgruppen ist. Andererseits wird durch sie aber auch Potenzial sichtbar: Denn die Resultate machen deutlich, dass der Kontakt vorhandene Ängste und Vorurteile den Minderheiten gegenüber abbauen kann. Dies sind wichtige Erkenntnisse für künftige Forschungsansätze und Fördermassnahmen.

«Es braucht massiv mehr Unterstützung und Förderung.»

Er wisse aus dem Alltag, dass in der Bevölkerung viel Un- und Halbwissen zu den Minderheiten existiere, sagt Venanz Nobel vom Verein *Schäft qwant*. Durch die 2016 erfolgte Anerkennung der Jenischen und Sinti als nationale Minderheiten sei man inzwischen aber **«auf gutem Weg»**. Nobel hat beobachtet, dass die Medien die Eigenbezeichnungen inzwischen **«umfassender und korrekter verwenden»**. Das sei wichtig. Wichtig sei auch, dass es künftig Lehrmittel zum Thema gebe. Man sei dabei, solche zu erstellen. Doch sei dies ein langwieriger Prozess, der immer wieder ins Stocken gerate.

Der Sinto Fino Winter sagt, ihn erstaune es nicht, dass wenig Wissen über die Minderheiten vorhanden sei. **«Wir haben selbst lange Zeit wenig zur Wissensvermittlung beigetragen.»** Das habe sich geändert. **«Wir gehen nun aktiv auf die Medien zu und probieren, unseren Beitrag dazu zu leisten»**. Doch das Vermitteln und Schaffen von Nähe sei zwar dringend nötig. Es sei aber auch aufwendig und ein langer Prozess. Denn mit Schulbüchern alleine sei es nicht getan. Winter findet deshalb: **«Es braucht massiv mehr Unterstützung und Förderung.»**